

Europa für Dich!



Der Bericht aus Brüssel von Ulrike Müller



Sehr geehrte Damen und Herren,
noch immer wartet Europa auf eine Lösung in der Flüchtlingskrise. Während die EU-Mitgliedstaaten darum ringen, zeigt der türkische Präsident Erdogan unverhohlen wie nie, dass er von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wenig hält. Kritische Journalisten werden offiziell inhaftiert, das Verfassungsgericht angegriffen. Vor diesem Hintergrund darf die Türkei hier kein Partner der EU sein. Lesen Sie außerdem Neuigkeiten zu Umwelt- und Naturschutz und zur geplanten Überarbeitung des Waffenrechts.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Ihre Ulrike Müller

Plan zur Flüchtlingskrise

Menschenrechte und sichere Wege nach Europa die Priorität

Der lang ersehnte Flüchtlingsgipfel in Brüssel verlief enttäuschend und hat keine Ergebnisse gebracht. Eine dringend benötigte gemeinsame Lösung der EU ist immer noch nicht in Sicht. Frankreich sträubt sich gegen eine Visafreiheit für die Türkei. Zu Recht! Es darf weder Visa-Erleichterungen für die Türkei geben, noch ein anderes Freikaufen im Erdogan-Unrechtssystem. So hat unsere Fraktion (ALDE) im EU-Parlament einen Maßnahmenkatalog erstellt, in dem Finanzhilfen der UNO-Flüchtlingshilfe anstatt der Türkei zukommen sollen. Dieser Katalog ist ein umfassender gesamteuropäischer Ansatz zur Lösung der Flüchtlingskrise. Mittelpunkt ist eine menschenwürdige Situation für Flüchtlinge in sogenannten

Hot-Spots in der EU und der Türkei. Darin fordert die Fraktion unter anderem den Aufbau einer schnellen europäischen Notfall-Hilfe mit 2000 zivilen Mitarbeitern sowie den Um- und Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur „Frontex“ in eine EU-Küstenwache. In Aufnahmezentren außerhalb der Europäischen Union können Registrierung, Gesundheits-Check und eine Feststellung des Status vorgenommen werden. Später kann ein Flüchtling bei Erfolgsaussichten in den zuständigen EU-Mitgliedstaat weitergeleitet werden. Dazu muss parallel ein einheitliches EU-Asylverfahren installiert werden. Der ausführliche Plan ist auf meiner Internetseite www.fw-europa.com im Detail einsehbar.

Elektro-Busse

Elektromobilität im ÖPNV bedeutender denn je

Gerade in Ballungszentren haben wir in ganz Europa zunehmend Probleme mit Luftschadstoffen. Die Elektromobilität bietet hier gute Lösungsmöglichkeiten. Ende Februar veranstaltete ich dazu in Memmingen (Unterallgäu) mit der Firma ebe Europa eine Regionalkonferenz „Elektromobilität im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV)“. Für das Thema setze ich mich schon seit Jahren ein.

Die Dringlichkeit des Problems schlechter Luft zeigt sich beispielsweise in Stuttgart, wo in diesem noch jungen Jahr bereits viermal Feinstaubalarm ausgelöst wurde. Entsprechend der WHO-Grenzwerte sind 96 Prozent der EU-Bürger gesundheits-



Ulrike Müller bei ebe Europa in Memmingen

Bild: Claudia Flemming

gefährdenden Mengen des gefährlichen PM_{2,5}-Feinstaubes ausgesetzt. Hinzu kommen eine Reihe weiterer Schadstoffe und Lärm.

Elektroantriebe im ÖPNV können einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie lokal emissionsfrei und wesentlich leiser sind als herkömmliche Transportmittel. Auch die Verkehrsdichte wird erheblich entlastet. Ich freue mich, dass mit ebe Europa eine deutsche Firma aus meiner Heimatregion inzwischen elektrische Busse in Serie anbieten kann, deren Betrieb wirtschaftlich ist. Es ist Aufgabe der Politik, die Verbreitung elektrischer Busse aktiv mit zu begleiten.

Vormarsch der Wölfe

Konferenz in Brüssel der Beginn einer Lösung

Die Rückkehr großer Beutegreifer – allen voran der Wolf – wird vermehrt zum Problem für die alpine Landwirtschaft. Mit meinem Südtiroler Kollegen Herbert Dorfmann lud ich Betroffene und Fachleute in die Bayerische Vertretung nach Brüssel ein, um über die Folgen der Wiederansiedlung und über Lösungen zu sprechen. Eingeladen waren Almbauern, Schafhalter, Jäger, Wolfsexperten und Herdenschutzfachleute.

Bereits heute sind die Auswirkungen der Wolfsausbreitung in den französischen Alpen deutlich sichtbar. Dort gibt es Gebiete, die zunehmend verbuschen, weil niemand mehr die Bergweiden bewirtschaften will. Die Probleme, die schon jetzt für unsere Alpenregionen voraussehbar sind, müssen beim Namen genannt werden. Das Bundesnaturschutzgesetz sieht Ausnahmen vom strengen Schutz des Wolfes vor. Durch die starke, uneingeschränkte Vermehrung des Raubtieres ist die Artenvielfalt im Alpenraum gefährdet.

Die extensive Weidehaltung ist die Grundlage der Fauna und Flora in diesem sensib-

len Lebensraum. Gemeinsam mit den Bauernfamilien müssen Strategien ausgearbeitet werden, wie diese Herausforderung bewältigt werden kann. Allein mit mehr Zäunen und der Anschaffung von Herdenschutzhunden wird es nicht gehen.

EU-Naturschutz

Lebensräume und biologische Vielfalt erhalten und bewahren

Das Europäische Parlament ist sich einig, dass an den bestehenden Richtlinien zum Naturschutz festgehalten werden soll. Im Februar hat das EP über die sogenannte Biodiversitätsstrategie beraten. Zur Halb-



zeit hat das Parlament beschlossen, an den bisherigen Erfolgen der EU-Naturschutzrichtlinien anzuknüpfen. Eine Hauptaufgabe im Landwirtschafts- und Forstsektor besteht darin, die Ziele Naturschutz und Bewirtschaftung vereinbar zu machen. Die EU-Agrarpolitik

trägt hier eine große Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt. Trotzdem müssen Anpassungen an aktuelle Entwicklungen möglich sein. Unter anderem muss der Biber in das Jagdrecht aufgenommen werden. Landwirte sind Partner im Naturschutz. Sie müssen auch so gesehen und ihre Interessen ernst genommen werden.

Waffenrecht

Verschärfung der Gesetze in Deutschland nicht angebracht

Das Maßnahmenpaket der EU-Kommission zum Waffenrecht schießt über das Ziel hinaus. Immer noch erreichen mich Anfragen von Sportschützen, Jägern und Sammlern, nachdem Ende vergangenen Jahres die geplanten Verschärfungen des EU-Waffenrechts bekannt wurden.

Der Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels und die geplante, bessere Rückverfolgbarkeit sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind erfreulich. Es muss aber unterschieden werden, ob mit den Maßnahmen die Terrorgefahr bekämpft wird oder eine Beschneidung der Rechte stattfindet, die zugleich die Terrorgefahr nicht eindämmt. Wir haben in Deutschland ein ausgezeichnetes, strenges Waffenrecht. Unsere Schützenvereine stehen im Ruf,

gerade bei den jungen Schützen besonders achtsam auf Disziplin und gesellschaftliche Werte hinzuwirken. Sie sind damit in besonderer Weise an dem Erhalt eines freiheitlich-demokratischen und friedvollen Europas beteiligt.

Kommende Termine

Bürger sind herzlich eingeladen

21. April 2016: TTIP-Vortrag bei den Unabhängigen Wählern Stammham, 20 Uhr, Gasthaus Schmid, 85134 Stammham.

8. Mai 2016: Tag der offenen Tür im Europäischen Parlament in Straßburg, Allée du Printemps, 67000 Strasbourg (F).

Kontakt:

Ulrike Müller, MdEP
Europäisches Parlament
60, Rue Wiertz, ASP 9G351
B-1047 Brüssel
Tel.: +32 (0) 228 - 4 58 43
Fax: +32 (0) 228 - 4 98 43
E-Mail: ulrike.mueller@europarl.europa.eu

Ulrike Müller, MdEP
Bürgerbüro
Frühlingsstraße 3
87439 Kempten (Allgäu)
Tel.: +49 (0) 831 - 69 72 87 30
Fax: +49 (0) 831 - 69 72 87 31
E-Mail: buero.kempten@fw-europa.com